

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich, 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:

Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Petition oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 212.

Mittwoch, den 11. September 1907.

14. Jahrg.

Donnerstagabend: Große Volksversammlung im Vereinshaus. Auf zum Protest gegen die geplante Aushebung der Freischulen!

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt. Sozialdemokratie und Sozialgesetze.

Zu dem eisernen Bestand im Waffenarsenal unserer Gegner gehört die in den letzten Jahren bei jeder Wahl auftauchende Behauptung, daß die Sozialdemokraten gegen die Sozialgesetze gestimmt haben. Das ist richtig. Dagegen hütten sich die Gegner, die Gründe anzugeben, die eine derart ablehnende Haltung der Sozialdemokraten für vollaus begründet erscheinen lassen. Sie sagen auch mit keinem Wort, daß gegen das Krankenversicherungsgesetz neben den 12 Sozialdemokraten auch 87 bürgerliche Abgeordnete gestimmt haben. Gegen die Alters- und Invalidenversicherung stimmten 165 Abgeordnete, dem Reichstag gehörten damals — 1888 — aber bloß 11 Sozialdemokraten an. Die Sozialdemokraten stimmten gegen diese Gesetze, weil sie den Arbeitern zu wenig boten, die bürgerlichen Gegner stimmten gegen diese Gesetze, weil sie ihnen zu weitgehend waren!

Beim Krankenversicherungsgesetz hatten die Sozialdemokraten beantragt: Ausdehnung auf alle Arbeiter und Personen, die weniger als 7,50 Mark pro Tag verdienen. Ferner sollte geleistet werden ein Krankengeld in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes, mindestens aber 2 Mark pro Tag, daneben freie ärztliche Behandlung und freie Lieferung aller Medikamente und Heilmittel. Das sind Forderungen, die selbst heute noch nicht voll erreicht sind.

Die Unfallversicherung sollte die Unternehmer von dem viel weiter gehenden Haftpflichtgesetz befreien. Der Unternehmer müßte für jeden Schaden haften, wenn er nicht nachweisen konnte, daß der Arbeiter den Unfall selbst verschuldet hatte. Eine Entlastung der Unternehmer ist es unter allen Umständen, daß bei Unfällen die Unfallversicherung erst dann eingreift, wenn der Unfall eine längere als 13 Wochen dauernde Arbeitsunfähigkeit nach zieht. 75 Prozent aller Betriebsunfälle fallen damit zu Kosten der Krankenversicherung. Die Art der Berechnung des Schadens, den ein Arbeiter erlitten hat, widerstreitet allen Grundzügen der Vernunft. Denn nicht der ganz wirklich verdiente Lohn dient als Grundlage für die Berechnung der Rente, sondern nur $\frac{1}{2}$ des Lohnes, und wenn der Tagelohn 4 Mk. übersteigt, dann wird dieser überschreitende Betrag nur mit einem Drittel in A urechnung gebracht. Die meisten Handwerkergesellen sind heute noch selbst von dieser Art der Fürsorge ausgeschlossen. Das Gesetz benachteiligte direkt jenen Teil der Arbeiter, denen ein Anspruch auf Grund des Haftpflichtgesetzes zu stand, und schon um deswillen mußten die Sozialdemokraten gegen den Entwurf stimmen.

Gegen den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Alters- und Invaliden-Versicherung haben die Sozialdemokraten gestimmt, weil Pflichten und Rechte ungleich verteilt waren, weil die Altersgrenze mit 70 Jahren zu hoch ist, weil der Kreis der Versicherten viel zu eng gezogen war und weil schließlich auch alle sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge abgelehnt wurden. Gegen dieses Gesetz stimmten aber nicht nur die elf Sozialdemokraten, sondern auch der ganze Freisinn und das Zentrum mit nur dreizehn Ausnahmen. — Davon sagen die Gegner in ihren verlogenen Flugblättern kein Wort!

Bebel sagte bei der dritten Lesung des Gesetzes: „Wir das Gesetz nicht angenommen, so werden wir ein neues, besseres Gesetz mit aller Macht agieren, und wie es angenommen, so werden wir dem arbeitenden Volk beweisen, daß das Gesetz auch nicht entfernt das bietet, was es fordern kann, und wie werden es anspornen, solche Vertreter in den Reichstag zu schicken, die sehr wesentliche Verbesserungen dieses Gesetzes fordern.“ Damit vergleiche man den von unseren Gegnern wieder verbreiteten Schwindel, die Sozialdemokraten wären nicht dazu gekommen, das Gesetz, alle und erneut

lose Leute eine Unterstützung bekommen. Lediglich die Sozialdemokraten sind es gewesen, die seit Jahren darauf dringen, daß die Unterstützung erhöht werden und die bei Wahlen so „hilfsbereiten“ Gegner sind es, die diese Anträge immer wieder einbringen. Windthorst, der damalige Führer der Zentrumspartei, war ein Gegner des Gesetzes nicht nur, sondern des Grundgedankens überhaupt. Er sagte am 20. März 1889: „Meine Herren! Es ist im Laufe der Debatte von dem Herrn Abgeordneten Grafen Stolberg die Behauptung aufgestellt worden, ich sei die Seele der Opposition gegen dieses Gesetz. Wenn das wahr wäre, würde ich mir dieses Zeugnis durchaus zur Ehre rechnen können; denn die Opposition gegen dieses Gesetz hat eine weitgehende Basis hier im Hause und eine weit größere noch im Lande.“ Am 28. April 1897 beantragte das Zentrum Aufhebung des Versicherungswanges für die Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks und der kleingewerblichen Betriebe, für das Gesinde und Fortfall des Reichszuschusses, der bei jeder Rente 50 Mark beträgt.

Als in den Jahren 1899 und 1900 Gesetzesnovellen dem Reichstag unterbreitet wurden, die eine Verbesserung der Sozialgesetze brachten, haben die Sozialdemokraten dafür gestimmt. Eine große, geradezu widerliche Reklame wird mit den großen Summen getrieben, die für Arbeiterversicherung aufgebracht sind. Man sagt: es sind 7 344 959 628 Mk. für Arbeiterversicherung aufgebracht, und sucht den Glauben zu erwecken, daß diese Summe den Arbeitern geschenkt ist. Oft verschweigt man auch, daß es die Summe ist, die in 21 Jahren aufgebracht wurde und wovon die Arbeiter selbst 2 991 769 424 Mark direkt als Beitrag gezahlt haben und 386 826 214 Mk. aus Reichsmitteln gezahlt, also durch indirekte Steuern aufgebracht sind. Was die Unternehmer bezahlt haben, haben diese als Produktionskosten mit in Rechnung gelegt und es sich beim Verkauf der Waren, zugleich des Unternehmergebens, vom Abnehmer der Waren wiedergeben lassen.

Der Unternehmer zahlt seinen Anteil nicht aus seiner Privatschatulle, sondern aus dem von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert. Was die Unternehmer leisten, das müssen ihnen die Arbeiter vorher verdienen.

Konservative, Zentrum, Nationalliberale, Freisinnige und Antisemiten lehnten beim

Krankenversicherungsgesetz

ab:

1. daß die Versicherung auf alle Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern ausgedehnt werde;
2. daß vom Beginn der Erwerbsunfähigkeit an Krankengeld bezahlt werde;
3. daß das Krankengeld für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit bezahlt werde;
4. daß das Krankengeld die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes und für Berufssarbeiter mindestens 2 Mk. betrage;
5. daß eine einheitliche Organisation für die Versicherung geschaffen werde.

Sie lehnten bei der

Unfallversicherung

ab:

1. daß alle Arbeiter versichert werden;
2. daß die Verletzten in den ersten 13 Wochen ärztliche Hilfe und Rente auf Kosten der Unfallversicherung haften;
3. daß durch die Rente der verlorene Arbeitsverdienst voll ersetzt werde;
4. daß den Witwen getöteter Arbeiter eine Rente in Höhe von 50 Prozent des Arbeitsverdienstes gegeben werde;
5. daß die Arbeiterausschüsse bei der Verwaltung mitwirken.

Bei der

Alters- und Invaliditätsversicherung lehnten sie ab:

1. daß alle Arbeiter, auch die Heimarbeiter, die kleinen Handwerker und Kleinbauern versichert werden;
2. daß vom 60. Lebensjahr ab Altersrente gezahlt werde;
3. daß das Reich einen Zuschuß von 90 Mark zu jeder Rente zahlt;
4. daß die Beiträge für die Versicherten mit weniger als 550 Mark Einkommen jährlich aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden;
5. daß die Klasseneinteilung nach dem wirklichen Arbeitsverdienst erfolgt;
6. daß die Versicherten Invalidenrente erhalten, die nicht mehr die Hälfte ihres früheren Einkommens erwerben können;
7. daß Kranken von dem Tage an, wenn sie kein Krankengeld mehr erhalten, Invalidenrente gezahlt werde;
8. daß die Invalidenrente mindestens 30 Prozent des früheren Einkommens betragen solle;
9. daß Krankheitsverhütungsvorschriften zu erlassen sind;
10. daß eine einheitliche Organisation für das ganze Reich geschaffen wurde.

Es ist sehr zu empfehlen, wenn unsere agitatorisch tätigen Parteigenossen in allen Versammlungen und bei sonstigen der Agitation dienenden Veranstaltungen auf die im Vorwärts-Verlag erschienene Flugschrift „Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung“ hinzuweisen würden. In gedrängter Kürze ist dort alles Wissenswerte über das Verhalten der Sozialdemokratie bei der Schaffung und dem Ausbau der Sozialgesetze zusammengestellt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Flottenrederei.

Die „Vossische Zeitung“ erzählt etwas, das drei Monate zurückliegt, nämlich wie der Zentrumsabgeordnete Spahn die Reichstags- und Bundesratsmitglieder, die im Juni eine Marine-Informationsreise nach Kiel unternahmen, zu einem Festabend eingeladen habe, um sich „anzubiedern“, und wie er am anderen Abend bei der Abschiedsfeier eine geschmacklose Rede gehalten habe. Das freisinnige Blatt schreibt unter anderem:

Nicht für die guten Leute vom Lande hat er seine Rede gehalten, sondern für den Kaiser. Dem Kaiser hat Herr v. Tirpiz gesagt, und der Reichskanzler hat es bestätigt: mehr, als die eingebrachte Flottenvorlage fordert, ist vom Reichstag schlechthin nicht zu erlangen; über den Entwurf nachträglich hinauszugehen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Jetzt aber stellt sich Herr Spahn, der Führer der größten Partei, hin und redet nicht nur in Kiel zwischen Braten und Käse die schönste Flottenvorleserei, sondern spricht auch vor den Wählern von der Notwendigkeit, die Lebensdauer der Schiffe abzukürzen und den Schiffbau zu beschleunigen und viele Millionen jährlich mehr zu bewilligen. Ja, wie könnten denn da der Staatssekretär und der Reichskanzler behaupten, mehr sei nicht zu erreichen, als die Vorlage forderte? Da haben sie ja dem Kaiser den Sachverhalt falsch dargestellt. Herr Spahn und seine Partei waren doch bereit, alles zu gewähren.

Weshalb teilt das freisinnige Blatt diese „interessanten“ Dinge, von denen man bisher nichts gehört hatte, erst jetzt mit? Die „Germania“ meint, das geschehe wohl nur, „um den verhafteten Zentrumsführer lächerlich machen zu können“, und fügt hinzu, Herr Spahn habe allerdings die Teilnehmer an der Reise zu einem Essen eingeladen, aber das müsse doch nicht gleich mit „Anbiederungsversuchen“ erklärt werden; die Kollegialität genüge zur Erklärung. Herr Spahn habe nichts gesagt von Deutschlands Wehrhaftigkeit zur See und zur Stärkung seiner Rüstungen. Das Blatt schließt:

Wir nähmen gern an, daß der Gewächsmann der „Voss. Ztg.“ in gehobener Stimmung Worte gehabt habe, die nicht gesprochen worden sind, wenn wir nicht zu der Annahme genötigt wären, daß wir es mit v

Gutin. Der Landtag soll, wie die "Oldenb. Nachr. für Stadt und Land" erfahren, erst im November einberufen werden und dann mit einer Weihnachtspause bis in den Januar hinein dauern.

Schönberg. Von der "Not" bei den Jüngern Jesu. Bei der Pensionierung eines Pastors hier zu Lande mußte bisher der Nachfolger zu der Pension eine Weihilfe von jährlich 600 Mk. leisten. Dieser Modus ist jetzt dahin abgeändert worden, daß diese Abgabe für die Zukunft nur sechs Jahre gezahlt wird. Lebt der Emeritus länger, so müssen die ausfallenden 600 Mk. aus der allgemeinen Kasse gedeckt werden. — Mit der Pfarre zu Lübeck, die durch die Versetzung des Pastors Bachmann nach Pamplona verlässt, sind so umfangreiche Mähderen verbunden, daß der Alter allein eine Pacht von mehreren tausend Mark bringt, eine Zeit genau 4500 Mk.

Cashagen. Ein großes Feuer äscherte Montag abends das Gewebe des Hufners Hildebrand, bestehend in Wohnhaus, Scheune und Stall völlig ein. Mitverbrannt sind etwa 150 Fuder Korn. Mit großer Mühe konnte der alte Vater des Besitzers, der bereits im Bett lag, gerettet werden. Über die Entstehungsursache des Feuers ist noch nichts Bestimmtes bekannt geworden.

Kiel. Die Generalaussperrung in Kiel wird zur Tat. Dem Ruf des Unternehmerverbandes folgend, haben mehrere Geschäfte die Arbeiter entlassen und seitdem durch Verhängung der Materialsperrre auch diejenigen Unternehmer, die sich der Brutalität noch nicht angeschlossen hatten, sondern weiter arbeiten ließen, zur Beziehungsseinstellung gezwungen werden. Der "Arbeitgeber"-Verband hat in einem Inserat folgenden "Befehl" erlassen:

"Wir geben hierdurch bekannt, daß die gesamten Bau- und Materialienhandlungen, Hartsteinwerke, Ziegeleien und Eisenwarenhandlungen, für jeglichen Verkauf von Waren der Baubranche für Kiel und Vororte am 10. September 1907 geschlossen werden, wenn bis dahin die Plaziarbeiter und Kutscher in den Holzhandlungen zu den bisherigen Bedingungen an ihre Arbeitsplätze nicht zurückgekehrt sind.

Den Mitgliedern wird zur Pflicht gemacht, Bau- und Materialien aller Art von auswärts unter keinen Umständen zu beziehen und bei eintretendem Materialmangel bis auf Weiteres die Betriebe einzuschränken und alsdann die Leute zu entlassen.

Die Nicht-Mitglieder bitten mit uns anzuschließen.

Der Vorstand und das Direktorium.

Hinter dieser brutalen Maßnahme stehen die kapitalkräftigen Unternehmer, die die Kleinmeister bewegen, mit von der Partie zu sein, um vor der Öffentlichkeit besser bestehen zu

können. Doch wirds kaum gelingen, denn die Forderungen der ausständigen Holzlagerearbeiter sind so minimal, daß für die jetzt geplante Generalaussperrung aller im Kieler Bau- und Holzgewerbe beschäftigten Arbeiter nicht der geringste Unrat vorliegt. Das wissen die Scharfmacher auch ganz genau, und sie suchen die Dinge so darzustellen, als ob es sich in dem Kampfe nicht um bessere Bezahlung und Regelung der Arbeitszeit für die Streikenden handle, sondern um einen Versuch, den Unternehmern die Macht der Organisation fühlen zu lassen. Sie verschweigen in ihren Publikationen den Inhalt des Tarifentwurfs, der vom Transportarbeiterverband ihnen zugestellt wurde, und gehen mit der Behauptung tiefen, die Organisation wolle ihnen "ungeheure Arbeitsbedingungen abzwingen". Tatsächlich haben die Kieler Holzhändler den Kampf heraufbeschworen, um die Organisation ihrer Arbeiter vollständig zu vernichten. Es geht ihnen eben wider den Strich, daß sie mit ihren ungelerten Arbeitern, respektive deren Organisationen verhandeln sollen. "Aber wir brauchen doch vor 200 ungelerten Arbeitern nicht zu Kreuze zu krabbeln!" rief der Hauptcharfmacher Eßelsgroth in der Generalversammlung des Unternehmerverbandes aus. Diese Worte charakterisieren den Dünkel, der diese Leute besitzt, und gleichzeitig auch ihre menschenfreudlichen Absichten. Sie waren bisher gewohnt, ihre Arbeiter von der Straße hereinzunehmen und ihnen die Arbeitsbedingungen zu diktionieren. Jetzt wagen die Arbeitskräfte das Recht zu fordern, über die Bedingungen, unter denen sie ihre Arbeitskraft verkaufen wollen, selbst mitzubestimmen. Das paßt den Ausbeutern nicht in den Kram und deshalb verfügen sie die Generalaussperrung. Sie versenden auch schon überallhin Circulars, worin sie die Vorstände der Innungen, Vereine und Betriebe auffordern, die aus Kiel zugezogenen Arbeiter nicht einzustellen und genaue Kontrolle unter den einzelnen Unternehmen vorzunehmen, damit ja nicht ein Ausgesperrter irgendwo Unterkunft findet. Diese Aktion der Kieler Scharfmacher ist so brutal vom Zaune gebrochen, daß sich die Herren in letzter Linie selbst ins eigene Fleisch schneiden werden. Auch der indifferenteste Arbeiter muß durch den Gewaltstreik aufgerüttelt und auf die Seite seiner kämpfenden Klassengenossen getrieben werden. Das Resultat der Aussperrung wird in einer kräftigen Stärkung des Klassengeföhls der Arbeiter bestehen und so dazu beitragen, die Position der organisierten Arbeiterschaft zu stärken. Die Kieler Arbeiterschaft nimmt denn auch schon Stellung zu der Rigorosität der "Herren im Hause". So beschäftigten sich am Sonntag in einer Versammlung die städtischen Arbeiter in Kiel mit der angedrohten Aussperrung. Einstimig beschlossen sie die folgende Resolution:

Die am 8. September 1907 zahlreich versammelten städtischen Arbeiter Kieles nehmen mit Entrüstung Kennt-

nis von der seitens des Arbeitgeberverbandes Kiel angebrochenen Aussperrung der Arbeiter im Baugewerbe, wodurch tausende an dem Streit der Holzlagerearbeiter unbetiligte Familien in unverdientes Elend gestürzt werden sollen. Die Versammlungen erklären zu diesem Vorgehen des Scharfmachertums: wenn leichteres seine Drohung vollinhaltlich wahr macht, daß dann die städtischen Arbeiter, sobald sie gerufen werden, sich mit den Ausgesperrten solidarisch erklären werden und gemeinsam für die Rechte der organisierten Arbeiterschaft einzutreten bereit sind."

Ein wirtschaftlicher Kampf von großen Dimensionen zieht somit herauf, den ein anscheinend vom Größenwahn besetztes Unternehmertum haben will. Es wird aber zu seiner Bedürfnis einsehen lernen, daß der Kampf ihm selbst große Wunden schlagen wird. Immer mehr spaltet sich der Klassenkontrast zwischen Unternehmern und Arbeitern zu, nichtsdestoweniger gibt es leider so viele Arbeiter, die an der Macht von der Interessenharmonie zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten leben.

Lauenburg. Fünf Kühe von der Eisenbahn überfahren. Von dem die Station Mülligen gegen sechs Uhr abends durchfahrenden Zug wurden auf dem östlich vom Dorf die Bahn kreuzenden Wege fünf Kühe des Besitzers H. Heitmann erschossen. Drei wurden von der Schnellzuglokomotive sofort zermalmt. Das Fleisch wurde fortgeschleudert und hängt in den Telegraphendrähten oder wellte sich um die Räder des Zuges. Eine Kuh liegt tot an der Böschung. Küchere Beichen einer Verlegung waren nicht ersichtlich. Einer Starke wurde ein Bein abgeföhrt und in laufendem Galopp entfloß das Tier noch ein paar hundert Meter, bis es zusammenbrach. Nur das Fleisch von dem Letzteren ist noch verwertbar. Wodurch das Unheil veranlaßt wurde, ist noch nicht festgestellt.

Harburg. Von einem Automobil überfahren und getötet wurde Montag nachmittag in der Elisenstraße ein kleiner dreijähriger Junge. Eine ganze Schare Kinder lief hinter einem Betrunkenen her, als ein Automobil in langsamem Tempo die Elisenstraße heraustrückte. Trotz der Warnungszeichen lief das Kind direkt vor das Automobil und obgleich der Fahrer sofort bremste, konnte ein Unglück nicht mehr vermieden werden. Das schwerverletzte Kind starb schon nach kurzer Zeit. Den Führer soll nach Aussagen der Augenzeugen keine Schuld treffen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hoherfreut an

M. Wendorf und Frau.

Schwartau, Kaltenhof.
Die Geburt eines gesunden Mädchens zeigen an

Bernhard Hilmer und Frau.

Emilie Schunck
Gustav Vob
Verlobte.

Lübeck, im September 1907.

Wir wünschen H. M. zu seinem Wiegenfest ein 999 mal donnerndes Hoch, daß der ganze Hobelhof wackelt. Nun rate mal.

Sofort möbl. Zimmer zu vermieten

Altendorfstraße 58, part.

Vogis zu vermieten

Fischergrube 20, I.

Alte Frau sucht zum 1. Oktober leeres heizbares Zimmer

Öfferten unter H. M. an die Exped. d. Bl. Junge Frau sucht Beschäftigung im Waschen und Reinmachen

Obertrave 37/2.

Gesucht ein kräftiger

Arbeitsbursche.

F. R. Spencke, Dornestraße.

Gesucht zu sofort oder Michaelis ein

Schmiedelehrling.

Näheres bei
Johs. Brinckmann, Schmiedestr.
Lachswehrallee 1a.

Dielengarderobe, Taschengarnitur, hübsches Sofa, engl. Bettstellen mit Sprungfedermatte billig zu verkaufen

Breitestraße 95, II., rechts.

Ein großer guterhaltener Schloßkorb für 5 Mk. zu verkaufen

Eiswigstraße 21 a.

2 Minorkahähne und 1 weißer Italienerhahn zu verkaufen

Friedenstraße 93.

Maurerarbeiten werden gut und billig ausgeführt.

Off. u. H. 50 an die Exped. d. Bl.

F. Burmester, Tapezier,

32 Glandorpstraße 32.

Aufpolstern von Sofas, Matratzen, sowie

Stabentapezieren reell und billig.

Postkarte genügt.

Dasselbe ist auch eine Sportfarbe, fast neu, postbillig zu verkaufen.

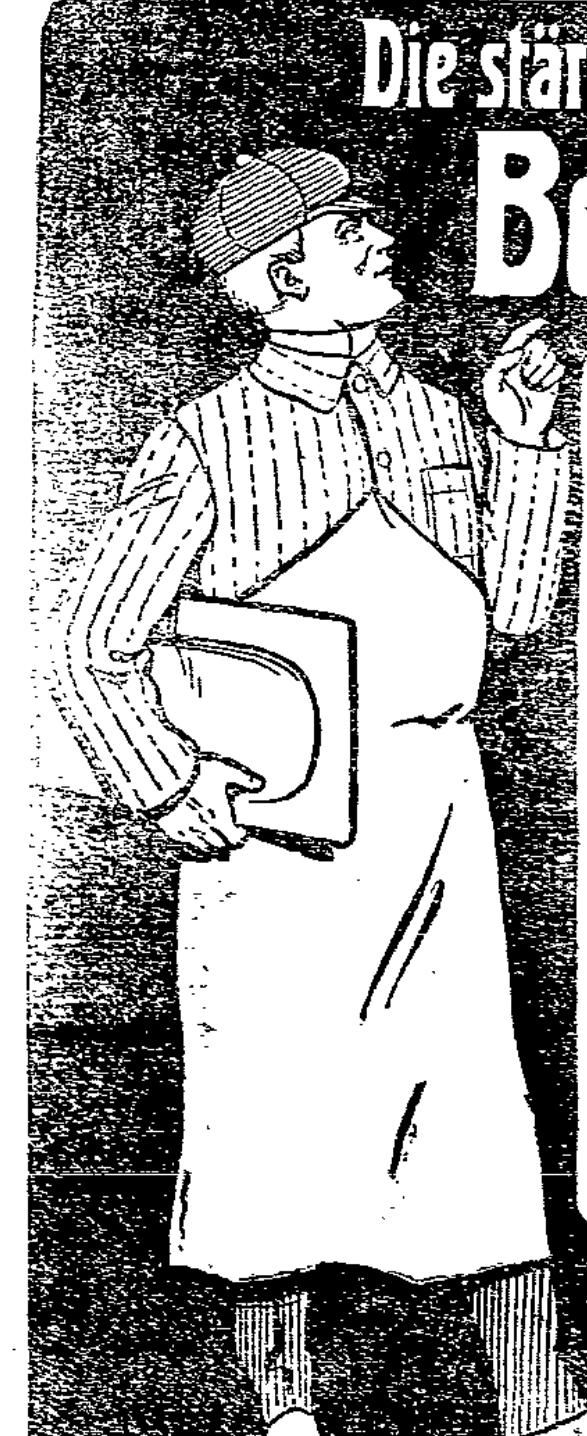
St. Lorenz-Beerdigungs-Institut

von Georg Behnck, Warendorpstr. 4.



Übernahme
ganzer
Beerdigungen.
Transport von
u. n. Auswärts.
Kränze und
Grabkreuze.
Größe Auswahl.
Billigste Preise.

Die stärkste beste u. preiswerteste Berufsbekleidung



Maschinisten-Hosen . . .	130	180	bis	350	Mk.
Maschinisten-Jacken . . .	130	195	bis	290	Mk.
Maurer-Hosen . . .	290	420	bis	750	Mk.
Manchester-Hosen . . .	350	490	bis	975	Mk.
Gestreifte Lederhosen . . .	190	340	bis	490	Mk.
Zwirn-Hosen . . .	195	280	bis	450	Mk.
Konditor-Jacken . . .	350	390	bis	420	Mk.
Schlachter-Jacken . . .	280	350	bis	420	Mk.
Friseur-Jacken . . .	295	375	bis	490	Mk.
Arbeits-Käfen . . .	130	185	bis	240	Mk.
Arbeits-Hemden . . .	110	165	bis	240	Mk.
Arbeits-Westen . . .	125	190	bis	350	Mk.

Kauf man bei

Rudolph Karstadt

Fahrrad, sehr billig. Zigarren-Laden | Gute Zigarren, 100 St. 2.90 u. 3.50 Mk.

Schuhseiden 11. Johannisstraße 17/19.

Versuchen Sie bitte!



Täglich frisch in allen durch Plakate kenntlichen Niederlagen

oder durch den

General-Berater: Hans Panier,
Lübeck, Adlerstraße 36.

Wir eröffnen

Donnerstag, den 12. September, nachmittags 3½ Uhr

Kaufhaus

KeoKreibholz & C°.

Kübeck.

Anordnung der Abteilungen:

Holstenstr. 25/33.

links:

Kleiderstoffe
Futterstoffe
Leinenwaren
Baumwollwaren
Seidenstoffe

Kurzwaren

Schrürzen
Tisch-Wäschie
Bett-Wäschie

Parterre

Bänder
Posamenten
Spitzen
Parfumerien
Seifen
Toilette-Artikel
Bijouerien
Konfitüren

Mitte:

Optik
Photographische Artikel
Uhren
Lederwaren
Gürtel
Noten
Bücher
Schreibwaren

Rechts:

Schirme, Stöcke
Handschuhe
Herren-Artikel
Hüte und Mützen
Trikotagen, Wollwaren
Strümpfe, Strickgarne
Konfektion
Weißwaren
Taschenbücher

Telefon und Schreibgelegenheit.

1. Etage

links:

Korleits
Damenwäsche
Kinderwäsche
Stickereien
Schuhwaren
Handarbeiten

Mitte:

Putz- und Modell-Salon.

Schuh-Salon.

Empfänger-Salons.

Rechts:

Bänder
Blumen
Papierartikel
Damen-Konfektion
Kinder-Konfektion
Pelzwaren

2. Etage

links:

Berufskleidung
Betten-Konfektion
Knaben-Konfektion
Sport-Konfektion

Mitte:

Kunst-Salon

Teppich-Saal

Erfahrungstraum

Rechts:

Möbellstoffe
Teppiche, Gardinen
Linoleum
Wandstudie

3. Etage

links:

Glas, Lampen
Beleuchtungsartikel
Porzellan, Steinzeug
Emaille
Stahlwaren
Eisenwaren
Werkzeuge

Mitte:

Korbwaren, Holzwaren, Blechwaren
Haush- und Küchengeräte.

Lebensmittel.

Holzgalanteriewaren, Künstliche Blumen.

Rechts:

Bürstenwaren
Nickelwaren
Spielwaren
Musikinstrumente
Lederwaren, Koffer
Salonerie-, Luxus- und
Japanwaren

4. Etage

Betten, Bettstellen, Bettsfedern.
Putz-Atelier, Konfektions-Atelier, Konfor- und Offerten-Räume, Telefon-Zentrale.
Fahrstühle nach allen Etagen.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 212.

Mittwoch, den 11. September 1907.

14. Jahrg.

Bericht

Über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Gefährlich war endlich auch die den Verbänden durch den Entwurf auferlegte Haftpflicht. Nach § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist ein rechtsfähiger Verein für den Schaden verantwortlich, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehender Verrichtung begangene, zum Schadenersatz verpflichtende Handlung einem dritten zufügt. Dies folgt daraus, daß singiert wird, der Verein wäre eine willensfähige und handelnde Persönlichkeit, und daß die verfassungsmäßigen Handlungen seiner Vertreter wie die eigenen Handlungen des Vereins gelten. Daraus, daß ein solcher Verein einer Einzelperson gleichsteht, folgt aber auch die Anwendung des § 881 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach der Verein zum Erfüllung des Schadens verpflichtet ist, den jemand, den der Verein zu einer Verrichtung bestellt hat, in Ausführung dieser Verrichtung einem dritten widerrechtlich zufügt. Nur durch einen komplizierten Gegenbeweis könnte sich der Verein hiergegen sichern. Daraus würde gegebenenfalls unsere Justiz folgern, daß der Verband für alle Schäden haften müsse, die etwa von ihm bestellte Streikposten, Versammlungsredner, Redakteure usw. anrichteten; selbstverständlich auch für die von den verfassungsmäßigen Organen des Verbandes selbst verursachten Schäden bei Streiks, Sperren und dergleichen, sofern die Rechtfertigung sie als „unberechtigte zum Schadenersatz verpflichtende Handlungen“ ansiehen würde.

Gegen diese Bedenken und Gefahren fielen die Vorteile, die der Entwurf den Berufsvereinungen bot, wenn sie sich dem Gesetz unterstellt, nicht in die Wagschale. Die Hauptfahrt war, daß ein solcher Verein hinfür Frauen und Kinderjährlinge von mehr als 16 Jahren sollte aufnehmen können, was bisher in manchen Bundesstaaten erheblich oder ganz verboten ist. Ferner sollten die Berufsvereine das Recht haben, vor Gericht zu klagen, während sie bisher nur verklagt werden konnten. Endlich sollten sie durch die Rechtsfähigkeit die Möglichkeit erhalten, auf eigenen Namen Grundstücke zu erwerben, Schenkungen und Erbschaften entgegen zu nehmen. Nicht einmal eine verständige, klare, den Lücken und Fehlern des heutigen Rechtsprechungsbetriebes ein Ende bereitende Sicherung des Koalitionsrechtes gab der Entwurf.

Die Dinge lagen also so: Erstens war zu befürchten, daß mit Hilfe dieses Gesetzes eine Menge von Streitbrechervereinen großgezogen würde; zweitens aber durfte man annehmen, daß diejenigen Verbände, die von dem Recht der Unterstellung unter das Gesetz keinen Gebrauch machen wollten, durch Maßnahmen der Verwaltung und der Rechtspflege gegen die rechtsfähigen Vereine benachteiligt werden würden. Sich unter das Foch dieses Gesetzes zu beugen, hätte für unsere Gewerkschaften den Verzicht auf Freiheit, Macht und Ehre bedeutet.

Nicht wie es sonst bei großen und wichtigen Gesetzesvorlagen die Regel ist, ein Vertreter der Regierung, sondern der sozialpolitische Vorführer des Zentrums, Abgeordneter Trimborn, ergriff in der eröffneten Debatte über den Entwurf (am 23. November 1906) als erster das Wort. Er sprach, wie wenn er allen Strömungen im Zentrum, den kapitalistischen wie der proletarischen, den feudalen wie den demokratischen, gerecht werden wollte, streifte die Einzelheiten der Vorlage und hob ihre wenigen Vorteile für die Arbeiterschaft stark hervor; zum Schluß beantragte er ihre Verweisung an eine Kommission, indem er die Hoffnung ausdrückte, daß durch deren Arbeit die voreinst seiner Partei nicht genügende Vorlage brauchbar gemacht werden könnte.

Mit Recht bemerkte der Vertreter unserer Partei, Geheimrat Legien, daß Zentrum scheine auch bei dieser Gelegenheit nicht vom seinem Grundsatz abzugehen, als Regierungspartei zu fungieren, weshalb auch Herr Trimborn in einer Weise für die Vorlage geippten habe, als wenn er in Vertretung der verbündeten Regierungen zu reden gehabt hätte. Und an einer anderen Stelle: „Es scheint, als wolle man (die Regierung) nur den Wünschen der Zentrumspartei-

tion nachgeben und das, was diese Partei forderte, erfüllen. Das ist die Auffassung, die wir von unseren verbündeten Regierungen, die wir von der Geschäftsführung im Staatswesen haben, eine Auffassung, deren Nichtigkeit tatsächlich durch diesen Gesetzentwurf bestätigt worden ist.“ Wiederum ein Zeugnis dafür, daß die Zentrumspartei noch am 23. November 1906 Regierungspartei war und als solche angesehen wurde.

In der Sache selbst sprach Legien das unverhohlene Missbrauen der modernen Arbeiterbewegung gegen den Gesetzentwurf aus und wies namentlich nachdrücklich darauf hin, daß auch hier die Gelegenheit zur Schaffung eines Koalitionsrechtes der Landarbeiter sowie der Staatsarbeiter absichtlich und schroff vernachlässigt werde. Da die Rede unseres Vertreters in einer Agitations Broschüre im Lande verbreitet worden ist, können wir die Einzelheiten seiner Ausführungen hier übergehen. Nur aus dem Schluß sei folgendes angemerkt: „In diesem Gesetz liegt die Tendenz, unsere gewerkschaftliche Organisation polizeilich zu reglementieren und sie unter bestimmten Voraussetzungen in den schwersten Zeiten, wo sie Kämpfe mit den Unternehmern zu führen habe, wehrlos den Organisationen des Unternehmertums preiszugeben... Wenn diese Tendenz nicht aus dem ganzen Entwurf herausgebracht wird, dann wird er zum Schaden jeder Berufsorganisation gereichen... Auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens, auf dem Gebiete des Polizeiverwaltungswesens ist der Hebel anzusehen... Solange Sie das nicht tun, solange der Versuch gemacht wird, auf dem Wege der privatrechtlichen Regelung noch eine weitere polizeiliche Reglementierung unserer Organisationen zu bringen, solange kann derjenige, der es gut und ernst meint mit dem Wohle der Arbeiter, einem solchen Gesetzentwurf nicht zustimmen, und wenn, wie gesagt, die Tendenz nicht beseitigt wird, wenn die grundlegenden Bestimmungen nicht heraustreten, dann wird der Gesetzentwurf, mag er aus der Kommission in einer Form herauskommen, in welcher er will, tatsächlich nicht zum Nutzen der Arbeiter dienen, sondern zum Nutzen der Unternehmer und zum Schaden der Arbeiterklasse.“

Gerade weil der ganze Gesetzentwurf die Tendenz in sich trug, die moderne Arbeiterbewegung zu zerstören und dadurch zu schädigen, begrüßte ihn natürlich die konservative Partei, die durch den Mund des Abgeordneten Schickert erklärte ließ, die Vorlage entspreche den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft, vor allen Dingen der auf nationalem und christlichem Boden stehenden Arbeiterschaft.“

Der Abgeordnete Bassermann, der im Namen der nationalliberalen Partei sprach, aber wohl schwerlich seine Partei dabei geschlossen hinter sich hatte, vielleicht nicht einmal die Mehrheit vertrat, übte, ungeachtet alles Wohlwollens, das er der Regierung zollte, eine scharfe und in manchen Beziehungen durchaus treffende Kritik an dem Entwurf. Nach ihm erst sprach der Graf v. Posadowsky. Man muß anerkennen, daß er rücksichtslos die gefährliche Tendenz des Entwurfs offenbarte. Er ging von der Behauptung aus, in der Arbeiterbewegung gebe es sehr viele und sehr tiefegehende Unterschiede, und die Regierung müsse das Bestreben haben, diese Unterschiede zu erkennen und diejenigen Elemente, die bemüht auf der Grundlage der bestehenden Staatsordnung ständen, zu schützen und zu fördern. Das heißt mit anderen Worten: die Arbeiterbewegung zu trennen, um sie besser beherrschen zu können. Staatssekretär Graf v. Posadowsky war eben, wie sehr man auch seine Tätigkeit in einzelnen anerkennen mag, vollständig besessen in der Annahme, man müsse Sozialpolitik nicht um ihrer selbst willen treiben, sondern zur Sicherung und Erhaltung der Macht der heutigen herrschenden Klassen. Weil er so dachte, empfand er den Widerspruch aus den Reihen der Scharfmacher besonders ungemein. Gegen sie, die damals schon eifrig am Werke waren, seine Stellung zu unterdrücken und seinen Sturz herbeizuführen, wendete er sich mit den Worten: „Auf der rechten Seite gibt es eine Richtung in der Presse, die einflußreiche Hintermänner hat, denen jede Fortbildung des Arbeitersrechtes höchst unerwünscht ist, die jede Fortbildung des Arbeitersrechtes in unserer Zeit der allgemeinen Schulbildung, der fortgesetzten Prosperität des gesamten deutschen Volkes eigentlich als eine Preisgebung von Rechten

des Staates betrachtet und damit ihre eigenen Interessen mit den Staatsinteressen identifiziert.“ Das klang ganz tapfer, war aber nur der Motschrei eines Mannes, der trotz aller Bereitwilligkeit den herrschenden Klassen und besonders den Agrariern zu helfen — „wir arbeiten ja nur für Sie!“ — doch immer und immer wieder angefeindet wurde. Wie sehr er geneigt war, agrarische Interessen über alle anderen zu stellen, das zeigte er durch seine geradezu unglaublich motivierte Verwerfung des Koalitionsrechtes der Landarbeiter. Seine oberflächliche Begründung dieser Ablehnung zog ihm später vom zweiten Redner des Zentrums, Abgeordneten Giesberts, der sich über den Entwurf im ganzen ungern hinknickte aus sprach als sein Kollege Trimborn, eine verdiente Abberufung zu. Der Vertreter der Freikonservativen, Abgeordneter Bokelmann, wünschte, daß der Entwurf wesentlich in der vorgelegten Gestalt Gesetzkraft erlangte. Dagegen stimmte die gesamte Linke und auch die antisemitische Gruppe, wenn auch in verschiedenen Abschaffungen des Tons, in der Verwerfung der Vorlage mit der Sozialdemokratie prinzipiell überein; alle bürgerlichen Parteien sprachen freilich die Hoffnung aus, in der Kommission werde noch etwas Brauchbares zu stande kommen. Im Namen der sozialdemokratischen Partei fasste dann noch einmal Abgeordneter Heinrich, besonders vom juristischen Standpunkt aus, alle berechtigten Einwendungen wirkungsvoll zusammen, und rechnete gleichzeitig mit den verdächtigen Freunden der Arbeiterschaft aus einzelnen bürgerlichen Parteien ab.

Der Entwurf wurde einer Kommission von einundzwanzig Mitgliedern überwiesen; diese Kommission ist niemals zusammengetreten.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Der Kampf gegen die Arbeiter-Turnvereine wird vor allen Dingen von behördlichen Organen in einer recht kleinen Weise geführt. Alles wirkt zusammen, um den Arbeiterturnern das Leben so sauer wie möglich zu machen: Regierung, Kommunalbehörden, Schulleiter und sonstige sonderbare Gemeinschaften mehr. Den Beweis für diese Nadelstichpolitik liefert wieder einmal ein Urkundliches vom Königl. Regierung zu Potsdam, der den Turnleitern der Freien Turnerschaft Rixdorf-Britz zugegangen ist und sich bezieht auf die Erteilung von Turnunterricht an noch schulpflichtige Kinder. Nachdem die Turnleiter des Vereins vor längerer Zeit nach erfolgter Aufforderung das Gefüg um Genehmigung nebst Turnwertszeugnis, Lebenslauf und polizeiliches Führungssattest eingereicht hatten, lautet die Antwort in lapidarischer Kürze wie folgt:

Königl. Regierung.

Potsdam, d. 26. Aug.

Ihrem Antrage auf Erteilung der Genehmigung zur Erteilung von Turnunterricht an schulpflichtige Kinder kann nicht entsprochen werden. Wir unterlagen Ihnen vielmehr auf Grund der Kabinettsoordnung vom 10. Juni 1884 (G. S. S. 135) die weitere Erteilung derartigen Unterrichts. Bei Zuwidderhandlungen gegen dieses Verbot würde gegen Sie für jede begonnene Stunde erteilten Unterrichts eine Strafe von 20 Pf. bzw. ein Tag Haft festgelegt werden. Die eingereichten Bezeugnisse folgen anbei zurück.

Gründe anzugeben findet die Regierung nicht für nötig. Eine alte Kabinettsoordnung aus dem Jahre 1884 wird angezogen und die Turnleiter mögen sehen, wie sie sich mit einer vor 73 Jahren ergangen, vergilbten Verfügung abfinden. Die Regierung hätte sich diese Mühe auch noch sparen können, wenn sie ganz offen erklärt hätte: Was wir jedem andern Turnverein erlauben, unterliegen wir einem Arbeiter-Turnverein. Arbeiter haben nicht dasselbe Recht wie andere Berufsklassen es sei denn, daß sie zu Kaiser und Reich stehen. Die Gejüngwig entscheidet und ist maßgebend für Entscheidungen der Regierung. Schon der verflossene Justizminister Schönstedt sagte es so schön: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe! Das trifft auf den vorstehenden Fall vollkommen zu. In Rixdorf-Britz wird in bürgerlichen Turnvereinen an schulpflichtige Kinder Turnunterricht erteilt, in einem Falle sogar von einem 18jährigen jungen Mann.

Bergfahrt.

Reisebericht von Ph. G. C. Heidemann.
(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Die Sonne meinte es etwas zu gut an jenem Sonntag nachmittag, als unser Zug in München einlief. Vom Bahnhof schleunigt in das Gasthaus; schnell ein wenig gesäubert und dann los — auf den nächsten Bierkeller. Es ist der Malteser, kaum fünf Minuten vom Bahnhof entfernt. Es ist etwa halb vier Uhr und kein Plätzchen zu finden! Alle Stühle sind besetzt, alle Stufen, alle Treppen, jedes Sitz im Garten, da heißt's aufpassen. Schnell, schnell, schnell! Da drüber sieht ein Chevauxleger-Unteroffizier auf, schnell — so, den Stuhl geb ich so bald nicht mehr auf.

„A Moaz? — „Bitt schön.“

Ach, wie das mundet. Ein Alter Münchener für sechzehnzig Pfennige und dazu Bierkonzert.

„Noch a Moaz? — „Bitt schön, aber schnell.“

Durch die Unterhaltung am Tische erfahre ich, daß auf einem anderen großen Keller außerhalb der Stadt eine Gewerkschaft Gartenfest abhält. Auf die Elettrische und hin! Am Ziele angekommen mährte es keine fünf Minuten und ich habe Bekannte getroffen, alte und junge Genossen. Ein fröhliches Treiben herrschte; das wurde auch nicht beeinträchtigt durch die vielen verloren gegangenen kleinen Kinder, die auf dem Musikpavillon gezeigt wurden, nachdem zwor ein bestimmter Tisch gebläst worden war. Mir fiel es auf, daß geradezu unheimlich viele Kinder ausgeblasen wurden und sagte das einem meiner Tischgenossen.

„Wissen S., daß is a Folg'n der groaßen Hit!“

Sie meinen, daß sich bei der großen Hit mehr Kinder verlaufen?

„Dö g'wiss net, oda je heiher das isch, desto größer der Musika-Durst.“

„Das verstehe ich, aber was het das mit den verlaufenen Kindern zu tun?“

„Jo, wissen S., wann d' Musika Buchn oder a Madel aus-

siehn d' Musika aus un fanga sich d' Buabn und Madeln, um sie als verlaufen ausz'blosn — — !“

Nach der Zahl der kleinen Kinder, die auf jenem Kellerfest als „verlaufen“ ausgeblasen worden sind, zu urteilen, müssen die Münchener Musiker einen Durst gehabt haben, den zu lösen überhaupt nicht möglich war.

In nicht ganz drei Stunden bringt der Schnellzug den Reisenden von München aus ins Gebirge. Ich nehme zum leichten Male den alten Kurs: München-Garmisch-Partenkirchen. Vorüber geht es an Forstkreis, wo im einjähigen Schlosse Bayerns irrsinniger König dahinsiecht. Vorüber in schnellstem Fluge am 20 Kilometer langen Starnberger See. Vom westlichen Ufer herüber aus dem Schlosspark Berg heraus, grüßt die Böttcherkapelle, die an der Stelle errichtet worden ist, wo König Ludwig als Irren 1886 den Tod im See fand. Nach nur minutenlangem Aufenthalt im wunderschönen Teging geht es weiter über Weilheim nach Murnau, dem reizenden Städtle am Staffelsee. Schon gewaltig die Berge sich vor uns auf: das charakteristisch geformte Ettaler Mandl, der Kramer, der Krottendorf, schließlich die Riesen des Wettersteingebirges, die beiden Warensteine, die uns die Zugspitze noch verdecken, die Alpspitze usw. usw.

Um Ziele angelangt, wird zunächst natürlich das Logis aufgesucht, dann aber muß die Zeit genügt werden.

Da stehen sie noch alle, die entzückenden kleinen Häuschen mit den meterweit überragenden Holzbächen und den breiten, weit ausladenden Galerien. Eine kleine Steigung führt dem Rainzengrad zu, hinauf zu schönen Anlagen, von denen aus das imposante Wettersteingebirge auf den Besucher einwirkt. Und nun ist auch der größte unter den Großen Deutschlands zu sehen, der höchste deutsche Berg, die Zugspitze. Aus großen Schneefeldern lugt sie majestatisch heraus, ihre Nachbarn hoch überragend. Sie ist mein eigentliches Reiseziel, sie soll heute bestiegen werden. Aber zu Ding will Weile haben und auf die Zugspitze läuft man nicht, wie auf den Brocken. Erst heißt es ein wenig trainieren. Wohin zuerst? Aber natürlich: in die Höllentalallmam!

Der Weg führt von Partenkirchen über das liebliche Garmisch nach Hammersbach und von da in die Schlucht. Vor uns stehen wir die beiden Warensteine, ca. 2000 Meter

hoch, hinter ihnen hervor guckt die gigantische Zugspitze, die 2964 Meter hoch ist.

Wer niemals in das Hochgebirge geschaut hat, der kann sich nur schwerlich einen Begriff machen von dem wunderbaren Bild. Bis zu einer Höhe von ungefähr 1800 Metern sind die Berge noch mit Nadelholzern bewachsen.immer spärlicher werden sie, je höher es hinauf geht. Schließlich liegen aus den schroff abstürzenden, mehr oder weniger grotesk geformten Felsen nur noch kleine grüne Flecke heraus: sogenannte Laternen. Mit 2000 Meter Höhe hört jedwede Vegetation auf. Von da ab ist nur noch der nackte Stein zu sehen, der in seinen Schluchten „Koren“ und „Fernern“, den unvergänglichen Schnee hält, wenn nicht Eis. O, das ist ein entzückendes Bild. Und wenn man gleich hinter Hammersbach den Eingang in die Höllentalschlucht betrifft, so ist das Bild, das die Warensteine und die Zugspitze dem Auge bieten, ein geradezu unvergleichliches.

Der Weg steigt zunächst allmählich. Er führt an dem wilden Gebirgsbach hinauf, der hoch oben aus dem Felsen hervorbricht. Links oben, d. h. zehn, fünfzehn, fünfzig Häuser hoch, stürzen von verschiedenen Stellen kleine Bächelein über glatte Felsenwände herunter. Der Gesang dieser Wasserfälle begleitet die kräftige Musik des toll dahin tosenden Höllentalsbachs.

Und höher hinauf geht es. Die Schweiztropfen perlen schon in großer Zahl auf der Stirne. . . . Nun ist hoch über uns ein winziges Häuslein zu erkennen, es scheint von der Größe einer Schnupftabakdose zu sein. Ruhig weiter gekroekelt. . . . So, nun vielleicht noch eine viertel Stunde, dann muß das Häusel erreicht sein. Es liegt kaum noch fünfzig Meter entfernt, aber hier fürzen die Felsen in so wildgrotesker Form ab, daß die fünfzig Meter nur in langen Sackgassen erklommen werden können — da steht die Hütte: so groß, wie eine der bekannten Sodawasserbuden, in denen früher Kohlensäure Jungenfrauen, jetzt zumeist invalide Arbeiter Mineralwasser verkaufen.

Das Häuschen stellt den Eingang zur eigentlichen Höhle dar, die die Sektion Garmisch-Partenkirchen des Alpenvereins erschlossen und passierbar gemacht hat. Die fünfzig Pfennige Eintrittsgeld gibt man gern, denn die Einschließung, d. h. die Sprengungen, Brücken- und Tunnelbauten, müssen gewaltige Summen verschlingen haben.

(Fortsetzung folgt.)

Das freihafte Spiel mit Arbeitserleben ist besonders stark im Baugewerbe im Schwung. Die milde Behandlung, die den alle Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter aus dem Spiel schieden Bauarbeiter durch die Gerichte zu teil wird, ist nicht geeignet, sie zu etwas mehr Rücksichtnahme zu erziehen. In Nürnberg wurde vor einiger Zeit beim Gebliegen an einem Neubau ein am Aufzug beschäftigter Arbeiter von einem absitzenden Balken zum Knöppel geschlagen, so daß er mindestens auf Jahre hinaus vollkommen arbeitsunfähig ist. Der Unfall entstand dadurch, daß der Mann so nah am Bau stand, so daß sich der Balken vom Seil löste und abschwang. Der Zimmermeister Galster wurde deshalb wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt und vom Schöffengericht auch zu 200 Pf. Geldstrafe verurteilt. Aber das Landgericht als Berufungsinstanz sprach ihn frei, obwohl festgestellt wurde, daß der Bauontrolleur vergeblich die Beseitigung des gefährlichen Zustandes verlangt hatte und der Sachverständige der Baupolizei erklärte, daß nur der Leichtmutter Galsters an dem Unfall schuld sei. Das Gericht glaubte einem Kollegen des Angeklagten mehr als dem amtlichen Sachverständigen. Jener Beitrag als "Sachverständiger" jede Schuld des Galsters, ließ aber etwas unvorsichtig die Kasse aus dem Sack, indem er meinte, je weiter ein Kran vom Bau entfernt stehe, desto mehr Kraft sei zum Aufzischen nötig. Die Rücksicht auf Menschenleben muß hinter dem Unternehmensprofit zurückstehen.

Das gebänderte Kind. Einem Bergarbeiter im Ruhrgebiet, der das Unglück hatte, daß er sein Kind im Krankenhaus operieren und versiegen lassen mußte, ging folgender Brief des leitenden Arztes zu:

Eitel, 22. S. 07.

Herrn Bergarbeiter ...!

Ihr Kind ist jetzt so weit hergeholt, daß es Samstag aus dem Krankenhaus entlassen werden kann. Das Kind können Sie erst dann wieder mitnehmen, wenn Sie 19,25 Mark für das Krankenhaus und 20 Pf. für die Operation bezahlt haben werden, also im ganzen 39,25 Pf. Zuerst müssen Sie die Kosten bezahlen und dann können Sie Ihr Kind haben.

Hochachtungsvoll

Dr. Mund.

Doch einem die Möbel zurückhalten werden, wenn man keine Miete bezahlt, soll öfter vorkommen. Aber an einem lebenden Wesen sich schadlos zu halten, kommt doch nicht mehr vor. Das sollte auch der Herr Doktor wissen. Ein übrigen spräche nicht sein Gefühl als Vater dagegen, kommt der Arbeiter höchst sein und dem Arzt das Kind lassen. Es ist kein verbündes, es ist ein freies Kapital.

Zum Essener Parteitag. Über das Arrangement des Parteitags gab die "Arbeiterzeitung" zu Dortmund in ihrem Essener Teil bekannt: Der Parteitag tagt vom Sonntag den 15. bis inklusive Sonnabend, den 21. September, im großen Saale des Henn-Maas in Eilen-Rüthen-Siedlung, Franziskusstraße 1 (gegenüber dem Rüthenische Rathaus). Die Eröffnung des Parteitags erfolgt am 15. September, abends 7 Uhr. An der Franziskusstraße, sitzt gegenüber dem Zugangslot, wird ein Festzelt errichtet, wofür die Baupolizei die Genehmigung ertheilt hat. Wenn möglich, findet bereits am Sonnabend, den 14. September, eine öffentliche Versammlung im Zugangslot oder im Festzelt statt, bestimmt und aber schon folgende Arrangements getroffen: Sonntags vorabends 11 Uhr im Festzelt: Große Konzerte mit Auftritte; nachmittags 4 Uhr: Beginn des Begrüßungsfestes im Festzelt, angesprochen durch mehrere Reichsabgeordnete und zugefragt. Im Zugangslot beginnt die Begrüßungsfest am Abend der Eröffnung des Parteitags. Gegen 10 Uhr wird eine Kette für die Eröffnungsfest eingetragen. Das Eilen-Rüthen-Siedlung ist in einer Stärke von 200 Mann mit einem vom Generalen Seidel-Gericke gediichtes und von Herrn Dirigenten Höhnel komponiertes Begrüßungsmusik und anderes zum Konzert bringen. Zugangslot und Festzelt erhalten einheitliche Dekoration. Das Konzert des Zugangslots ist während der Eröffnung nur für die Delegierten und Pressevertreter bestimmt, da die

Raumverhältnisse für Gäste den Zutritt nicht gestatten. Die geräumige Galerie und das Festzelt stehen zur allgemeinen Benutzung offen. Es sind schon in diesem Frühjahr Klebefächer für organisierte Arbeiter ausgegeben mit 10 Pfennigen für Marken zu 30 Pf., welche (vollgeklebt) in der Zeit vom 1. bis 10. September bei dem Parteitagskassierer Max Kunz, Essen, Kasanienallee 70, gegen eine Berechtigungs-karte für alle Veranstaltungen aus Anlaß des Parteitags freien Zutritt für die ganze Parteitagswoche. Insbesondere auch zu den Abendversammlungen, die im Stadt- und Landkreise stattfinden, gewähren. Organisierte Arbeiter, welche diese Karte nicht erwerben können, zahlen für Sonntags 1 Mark, zu den Einzelverhandlungen in der Woche je 50 Pf. und zu den besonderen Versammlungen in der Woche das festgelegte Eintrittsgeld. Auf die Berechtigungs-karte ist immer eine Dame frei, desgleichen auf die Sonntagskarte zu 1 Mark, jede weitere Dame zahlt 50 Pf. Kinder haben keinen Zutritt. Zur Erlangung dieser Karten ist der Organisationsnachweis erforderlich. Unorganisierte zahlen am Sonntag, den 15. September, 5 Mark und zu den Einzelverhandlungen 2 Mark. — Da die Essener Genossen ein besonderes Festzelt errichtet, sind ihre Ausgaben natürlich sehr hoch und daraus sind wohl die hohen Eintrittspreise zu erklären, die sie anzeigen. Wir können trotzdem nicht umhin, zu bedauern, daß mit der guten alten Regel, wonach der Zutritt zu den Verhandlungen des Parteitags für Parteigenossen ganz frei oder doch gegen geringes Entgelt offen stand, gebrochen worden ist.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein rechter Brotbackmeister, der Frühstücksbrettl entwendet. Am 19. Juni wurde der zu Nürnberg Bodenstrasse 61 wohnhafte Bäckermeister Franz Godawa in einer Beleidigungsklage moralisch verurteilt, die er gegen die in demselben Hause wohnende Grünfrachthändlerin Frau Louise Kürthe wegen angeblich verleumderischer Beleidigung angekündigt hatte. Die Beklagte hatte die Erzählung, daß der Kläger im Beamtenhause Frühstücksbrettl eines anderen Bäckermeisters entwendet habe, weiter erzählt. Vor dem Schöffengericht erfolgte Freispruch, weil die Entwendung erwiesen wurde. Bei diesem freisprechenden Urteil wollte sich Godawa nicht beruhigen und legte Berufung ein. Auch das Landgericht kam jedoch auf Grund der Aussage des pensionierten Lokomotivführers Böhme zu der Überzeugung, daß Godawa tatsächlich seinerzeit die Frühstücksbrettl gestohlen hat. Es erfolgte deshalb abermals kostenlose Freispruch der Frau Kürthe. Mittlerweile ist gegen Godawa Anklage wegen Diebstahls erhoben. Die diesbezügliche Hauptverhandlung steht Mitte nächster Woche vor dem Nürnberger Schöffengericht an. Godawa ist natürlich einer von den Bäckermeistern, die bei den jüngsten Lohnbewegung die Forderungen der Gesellen nicht befriedigt haben. Im vorigen Jahre schlug er einen alten arbeitslosen Familienvater, den er bei dem Diebstahl einer Schuppe abschlug, blutig.

Aus Nah und Fern.

Bannungsklaus. Aus Chemnitz wird gemeldet: Auf einem Neubau an der Fichtestraße stürzte das Treppenpodest des dritten Stockwerks ein und durchschlug die unteren. Vier Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen. Zwei davon wurden schwer, die beiden anderen leicht verletzt.

Wieder einer! In Oberhausen wurde, wie der dortige Generalanzeiger meldet, erneut ein städtischer Beamter wegen Unterschlagung amtlicher Gelder verhaftet. Es ist der Postzählpfleger Rehger. Diese Unterschlagung steht in keinem Zusammenhang mit denen des früheren Rentmeisters Rumpf.

Zu dem Schiffsunglück bei Kiel, über das wir wiederholt berichteten, wird noch aus Düsseldorf gemeldet: Den Tag zuvor ist es nach rostlosen Bemühungen nunmehr gelungen, aus der Kajüte des gesunkenen Dampfers "Diana"

die Leichen zu bergen, mit Ausnahme der beiden Kinder des Maschinisten, die man noch nicht gefunden hat. In der Kajüte fanden die Tochter ein wirres Durcheinander. Bei dem Zusammenstoß waren die Möbel umgefallen und zertrümmert worden, und unter den Trümmerlagen die unglücklichen Personen. Die bisherige Untersuchung über das Schiffsunglück ergab, daß das Schiff von dem schweren Schleppdampfer umgeworfen worden ist. Der Führer des Schleppdampfers hatte die Signale des verunglückten Dampfers "Diana" nicht beachtet und, als die "Diana" an ihm vorbeifahren wollte, die Fahrt seines Dampfers nicht verlangsamt. Andererseits hätte infolge dessen der Kapitän der "Diana" die Vorbeifahrt nicht unternehmen dürfen. Nach den Mitteilungen eines auf dem Schleppdampfer befindlichen Schiffers waren die Aufritte auf dem sinkenden Schiff herzerreißend. Die beiden entrunkenen Frauen hätten sich retten können, stürzten aber in die Kajüte, um die Kinder herauszuholen. Bei diesem heldenmütigen Rettungsversuch fanden sie ihren Tod, während der Maschinist vom Deck hinweggeschwemmt wurde.

Erhöhung des Bierpreises in München. Die Münchener Brauereien haben in einer Versammlung ihres Vereins die Notwendigkeit einer Bierpreiserhöhung rückhaltlos anerkannt. Brauer und Wirt werden demnächst eine gemeinsame Versammlung abhalten. Inzwischen soll das Hofbräuhaus, das sich einer Bierpreiserhöhung gegenüber noch ablehnend verhält, durch eine Kommission von Brauern und Wirts bearbeitet und gewonnen werden. Bis zum Ausschank des Winterbieres soll die Bierpreiserhöhung durchgeführt werden. Zu früherer Zeit hätte es Bierkrawalle gegenüber einem Preisaufschlag gegeben, der ohnehin nicht zu halten gewesen wäre. Unter den Auspizien des neuen Polstarris und der durch ihn bewirkten, alle Welt beglückenden Teuerung wird auch — wir wagen diese Propheteiung — die Bierpreis erhöhung in der Bierstadt München mit dem Bier gechluckt werden.

Mord. In Ludwigsburg wurde am Sonntagabend der 71jährige Schloßparkportier Dambach am Parktor ermordet. Ein Unbekannter 30jähriger Mann schlug ihn nieder und flüchtete dann, indem er die Verfolger durch weitere Revolverschläge abschreckte. Der Mörder ist jetzt ermittelt worden.

Gefäß. Der Italiener Osminio Berteghin, welcher zwischen Buedenholt und Kirchen den Arbeiter Robert Schmidt meuchlings niederschlug, verstummelte und verbrachte, wurde in Weidenau verhaftet.

„Meuterei!“ Am 2. Bataillon des 115. Infanterie-Regiments in Darmstadt wurden nach der Rückkehr vom Manöver 7 Männer verhaftet. Die Anklage gegen die 7 verhafteten Infanteristen lautet auf Meuterei und Komplott. Es handelt sich um eine Brüderlichkeit zwischen Unteroffizieren und Soldaten, die als Zivilisten verkleidet waren; ein Soldat ist von einem Unteroffizier schwer verwundet worden.

Eine verbrecherische Tat? Der vollbeladene Dampfer "Badenia I." der Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft wurde plötzlich zum Sinken gebracht, indem sich das Schiff auf die Seite neigte. Ein Matrose wollte die Rettungsarbeiten mit Waffengewalt verhindern. Die gesamte Besatzung konnte sich jedoch rechtzeitig retten. Ob es sich um eine verbrecherische Tat handelt, muß die sofort eingesetzte Untersuchung ergeben.

Trauriger Ausgang einer Hochzeitsreise. Der auf der Hochzeitsreise befindliche, in Automobilsporthallen wohl bekannte Privatier Otto Kutsch aus München ist im Salzammergut beim Vergabfahren in den Fluß geflüchtet. Kutsch und sein Chauffeur wurden getötet, Frau Kutsch verletzt.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. **Verleger:** Th. Schatz. **Druck:** Friedr. Meyer u. Co. **Gämtlich in Lübeck.**

Carl Folkers Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.
Reichs-Verband für
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weltbekannte Garantie.

Auto-Frätladen seit 1875.

**Gefertigung frei haus
auf eigenem Möbelwaren.**

Bei Bergbauherrn Robert.

Telefon 6667.

Gebe rate Lübeck-Marken.

Allen voran

in Geschäftsbüros und Geschäften für

Arbeitsgarderoben und

große Karren ausgestattet zum

Louis Levy & Sohn

reicher Schuhgeschäft 2.10.3.10.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100.1.100

